



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 206 (S. 227): Garnisonskirche Knielingen – Sanierung und Erhalt (KULT)

Stadtrat Cramer (KULT): Es geht in erster Linie um ein Denkmal, in zweiter Linie um „denk mal – denk mal nach“. Das Gebäude selbst ist ein Denkmal, das steht fest. Von daher kann die Volkswohnung nach Auffassung meiner Fraktion das Gebäude nicht abreißen. Es ist ihr letztendlich wirtschaftlich zumutbar, das Gebäude zu erhalten.

Zum Zweiten ist es nachdenkenswert, für diesen Stadtteil dieses Gebäude zu erhalten. In Knielingen 2.0, ein junger Stadtteil mit vielen jungen Familien und Kindern, ist es unserer Meinung nach notwendig, einen Raum zu haben, in dem Veranstaltungen und Kultur stattfinden können.

Ein weiteres Nachdenken und eine Erinnerung ist für uns, von wem diese Garnisonskirche genutzt wurde. Sie stand in der Kaserne der Amerikaner. Die amerikanische Armee hat Deutschland am 8. Mai 1945 vom Hitler-Regime befreit. Ich erinnere mich gut, in den 50er- und 60er-Jahren lebten die Amerikaner hauptsächlich – wie man im Volksmund sagte – in der Ami-Siedlung. Auf der Ami-Mess', wo alle Karlsruher immer hingegangen sind, wurde das große Loblied auf die Amerikaner und die amerikanische Armee gesungen. Wenn Sie einmal ins Internet gehen – das kann man heute ja tun – und die Garnisonskirche anklicken, dann sehen Sie, dass es in Amerika Facebook-Gruppen gibt, die sich heute noch mit dem Gebäude auseinandersetzen, die sich heute noch in Erinnerung dieses Gebäudes austauschen. Sie sind dort nämlich immer in den Gottesdienst gegangen, haben dort geheiratet, sie haben dort ihre Kinder getauft, und aus den Facebook-Einträgen und von dem, was uns dort von den ehemaligen Bewohnern der Kaserne ins alte Europa zurückgespielt wird, ist eben zu sehen, dass da eine Verbindung mit diesem Gebäude vorhanden ist. Auch das sollten wir im Karlsruher Gemeinderat in unsere Überlegungen einbeziehen.

Ich kann verstehen, dass insbesondere der Aufsichtsrat der Volkswohnung meint, er könnte allein entscheiden, weil dieses Gebäude im Besitz der Volkswohnung ist. Aber ich denke, es sollte einem breiteren Gremium überlassen sein, was man dort machen will. Es gibt mittlerweile Initiativen, die das Gebäude kulturell bespielen wollen. Es gibt von dieser Gruppe

auch Kontakte zur Volkswohnung, und das, was wir bisher von der Volkswohnung zurückgespielt bekommen haben, ist ja, dass man noch einmal in Ruhe schaut, einen Interessenten, eine Nutzung zu finden. Ich denke, aus diesem Grund sollte man diesen Betrag einsetzen, der dem Aufsichtsrat seine Entscheidung erleichtert, und mit einem Sperrvermerk versehen.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Lieber Lüppo Cramer, auch wir denken mal. Wir wissen, dass die Denkmalverwaltung diese Kirche als Denkmal eingestuft hat, aber sie ist nicht einmalig in Karlsruhe. Auch in der sogenannten Ami-Siedlung bei der Erzbergerstraße befindet sich eine solche Garnisonskirche in einem bei weiterem besseren Zustand als die in Knielingen. Wir plädieren immer für Wohnungsbau. Wir brauchen Wohnungen, und das wollen wir auch in Knielingen. Dort sind viele Familien mit kleinen Kindern hingezogen, wo ein großer Kindergarten entstanden ist, wo das Brauhaus 2.0 mit Veranstaltungsräumen ist und vorne an der Pionierstraße das ehemalige Gemeindezentrum der evangelischen Kirche ist, das sich für kulturelle und sonstige Veranstaltungen bereitstellt. Wir haben dort auch ein Seniorenzentrum usw. In dieser Gruppierung steht jetzt die etwas heruntergekommene, verwairstete und kurz vor dem Verfall stehende Kirche. Die sieht dort aus, wenn man an der Grünhutstraße bei Edeka steht, wie kurz vor dem Zusammenbruch. Ich persönlich hoffe immer, dass der Blitz einschlägt. Dann ist dieses Problem echt gelöst.

Auf der anderen Seite möchte ich Ihnen sagen: Nicht nur der Aufsichtsrat entscheidet hier selbstherrlich. Es geht auch darum, Leuten, Personen, Menschen, die einen bezahlbaren Wohnraum suchen, klarzumachen, dass diese 400.000 €, die von der KAL schöngerechnet wurden, überhaupt nicht ausreichen, um die Kirche auf Vordermann zu bringen oder überhaupt so weit, dass sie nutzbar ist. Den Leuten beizubringen, dass hier ca. 1 Mio. € investiert werden, während sie 10 – 12 € pro Quadratmeter für ihre Wohnungen bezahlen müssen – ich denke, dass wir als Aufsichtsrat dann gefragt würden, ob wir noch alle Taschen im Schrank haben. Die CDU-Gemeinderatsfraktion lehnt den Antrag der KULT-Fraktion vehement ab und hofft, dass der Aufsichtsrat bzw. die Volkswohnung hier eine adäquate Lösung herbeiführen kann.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Aus der Sicht der SPD ist dieser Antrag an Bigotterie und Selbstherrlichkeit kaum zu überbieten. Dieses Thema haben wir hier im Haus schon hinreichend debattiert, zuletzt – für diejenigen, die es vielleicht nicht mehr wissen – am 18.09.2018. Die Forderung, die Sie im Blick auf Räumlichkeiten gestellt haben, erfüllt das Gemeindezentrum der evangelischen Gemeinde – die Kollegin hat es gerade ausgeführt –, das momentan gerade geprüft wird. Wenn es darum gehen soll, Erinnerungsorte in Gänze zu erhalten, dann dürfte kein Kirchengebäude, weder von der evangelischen noch der katholischen Kirche, verkauft werden. An anderer Stelle stellen Sie genau diese Forderungen. Von daher ist für uns Ihr Ansinnen in keiner Weise nachvollziehbar.

Das Thema Denkmalschutz wird hinreichend geprüft. Im Augenblick sehen wir nicht die Verantwortlichkeit der Stadt. Vielmehr ist es die Verantwortlichkeit des Eigentümers der Immobilie, die Volkswohnung, mit ihr einen Umgang zu finden. Wir haben an anderer Stelle immer wieder über das Thema Wohnungsbau gesprochen. Es ist eine sehr prekäre Situation hier in Karlsruhe, und von daher brauchen wir Antworten. Ich habe an anderer Stelle schon mehrmals gesagt: Einen Tod muss man sterben. Diese 400.000 € stellen keinen hinreichenden Betrag dar, um diese alte Röhre halbwegs zu sanieren und in Schuss zu bringen. Von daher lehnen wir diesen Antrag in Gänze ab.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Auch für die GRÜNE-Fraktion ist die Garnisonskirche ein wichtiger Ankerpunkt im Stadtteil Knielingen 2.0, den es lohnt, zu erhalten. Nach den Vorstellungen der GRÜNE-Fraktion sollten die beantragten Gelder mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis dem Gemeinderatsgremium eine tragfähige Lösung unterbreitet wird. Wir sagen ja zu Wohnungen, aber nicht um jeden Preis. Nach der Rede von Frau Wiedemann werde ich in der nächsten Aufsichtsratssitzung der Volkswohnung einen Blitzableiter für die Kirche beantragen.

Stadtrat Hock (FDP): Dass jetzt bei der CDU schon der Blitz in Kirchen einschlagen darf, das ist mir jetzt auch neu gewesen.

Es ist sinnvoll, bei diesem Thema zu den Fakten zu kommen und eine Entscheidung zu treffen. Diese Kirche steht schon ewige Zeiten dort, und jedes Mal, wenn ich gefragt habe, ob sie unter Denkmalschutz stehe, ob sie abgerissen werden dürfe, habe ich immer so eine wabernde Antwort bekommen. Man hat mir nie genau sagen können, wie denn der Sachverhalt sei. Deshalb, Herr Fluhrer, bitte ich Sie, hier für Abhilfe zu sorgen und eine klare Ansage zu machen. Dann können wir entscheiden, was wir haben wollen.

Für meine Fraktion ist aber klar: Mit 400.000 € wird es nicht getan sein. Es wird mehr werden, wenn man den Zustand der Kirche von innen kennt. Ich war mal drin und habe es mir angeschaut. Das ist meines Erachtens mit 400.000 € nicht zu machen. Ich muss auch ehrlich sagen, unserer Fraktion ist wichtig, dass dort Wohnraum geschaffen wird, zumal wir in dieser Stadt damit in schwierigen Zeiten sind. Deshalb bitte ich den Aufsichtsrat der Volkswohnung und Sie, Herr Fluhrer, klar zu sagen, was man machen kann und was nicht. Dann wird hier im Gemeinderat mit Sicherheit eine richtige Entscheidung getroffen.

Der Vorsitzende: Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Insofern können wir in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitlich eine **Ab-
lehnung**.

Alle anderen Fragen sind im Verwaltungsrat und dann sicher auch noch einmal in gemeinderätlichen Gremien zu diskutieren.

(...)